

## DER VOLKSWIRT

## Die Freiheit in der Krise

Unberechenbar und voller Risiken ist der Markt – das weckt seit jeher Misstrauen und Ressentiments. Doch ohne den Markt hätte es die Menschheit nie so weit gebracht. Ein Plädoyer für mehr Mut zur Freiheit.

Von Ulrike Ackermann

In diesem Jahr feiert die Bundesrepublik ihren sechzigsten Geburtstag und erinnert an die friedliche Revolution von 1989, die dem östlichen Teil Deutschlands und Europas endlich Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft beschert hat. Aber haben die Deutschen noch ein Bewusstsein davon, was politische Freiheit, individuelle Freiheit und wirtschaftliche Freiheit bedeuten? Obwohl es Errungenschaften sind, die über die Jahrhunderte mühsam erkämpft wurden, werden sie immer weniger geschätzt. Gerade angesichts der Weltwirtschafts- und Finanzkrise wachsen die westlichen Selbstzweifel und antikapitalistischen Ressentiments.

Die Skepsis gegenüber dem Kapitalismus galt von jeher nicht nur dem Finanzkapital oder den Großindustriellen, sondern immer auch dem Markt selbst. Er verkörpert das Unberechenbare und Riskante, das Offene und die Ungewissheit, die Möglichkeit des Gewinnens und des Scheiterns. Die Erfolge sind insgesamt immens: Über die Jahrhunderte hat der Markt als Entdeckungs- und Entmachtungsinstrument mit seinem Wettbewerb des Wissens den Lebensstandard weltweit verbessert, den Menschen ein längeres und gesünderes Leben beschert. Zugleich ist der Markt die ideale Projektionsfläche für alle Arten von Lebensangst. Dass in unserer offenen Gesellschaft Kräfte und Dynamiken am Werke sind, die nicht vollständig zu begreifen und zu beherrschen sind, sorgt erst recht in Zeiten der Krise für große Beunruhigung.

In diesem Misstrauen gegenüber dem Unbekannten, nicht Planbaren, nicht Kontrollierbaren spiegelt sich nicht zuletzt die Angst vor der Freiheit wider. Abgewehrt wird die Angst unter anderem, indem der Markt und an vorderster Stelle die von „Gier“ getriebenen Investmentbanker zu den Verursachern allen Übels erklärt werden. Selbstverständlich haben der Wettlauf nach schneller Rendite und die zu knappe Eigenkapitalausstattung die Krise befördert. Vergütungssysteme, die den kurzfristigen Gewinn exorbitant belohnen und Verluste unsanktioniert passieren lassen, tragen nicht zu einem nachhaltigen Wirtschaften bei. Das geschickte Unterlaufen bestehender Regeln und eine mangelhafte Aufsicht über die Banken taten ihr Übriges zum Ausufern der Krise.

Zum Ansehensverlust des Kapitalismus trugen seine Akteure obendrein bei, indem sie – je mehr die Krise eskalierte – aus dem öffentlichen Raum abtauchten und erst wieder zu hören und zu sehen waren, als sie nach staatlicher Hilfe riefen. Sie zeigten damit weder ein Selbstbewusstsein als Marktakteure noch ein Bewusstsein davon, dass wirtschaftliche Freiheit an Verantwortung gekoppelt ist. Dem Ansehen der Freiheit, die sowieso nicht hoch im Kurs steht, haben sie damit einen Bärendienst erwiesen. Denn wirtschaftliche Freiheit bedeutet Eigentum, Wettbewerb, Vertrags- und Gewerbefreiheit, aber ebenso auch Haftung.

## Ökonomenstreit kommt nun auch in der Wirtschaft an

Wirtschaftsverband befürchtet weniger Praxisorientierung / Staatssekretär Otremba gibt sich gelassen

In den Streit um die Besetzung von sechs volkswirtschaftlichen Lehrstühlen in Köln mischt sich nun auch die Wirtschaft ein. Am vergangenen Freitag hat die Industrie- und Handelskammer Köln zu einem Gespräch mit einigen Beteiligten geladen. Die IHK zeigte sich alarmiert, dass mitten in der schwersten Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten die ordnungspolitische Ausrichtung der Kölner Universität geschwächt werde. „Die Lebenswirklichkeit ist eine andere, als es die Wissenschaft wahrhaben will“, sagte Werner Görg, IHK-Vizepräsident und Vorstandsvorsitzender der Gothaer Versicherungsbank. Innerhalb von acht Jahren habe es zwei negative Großereignisse gegeben, die von volkswirtschaftlichen Modellrechnungen nicht berücksichtigt worden seien. Viele quantitative Modelle seien massiv überfrachtet und brächten die Unternehmen nicht weiter. Ordnungspolitische Konzepte wie Verantwortung und Haftung sowie die Gemeinwohl- statt Individualorientierung seien bedauerlicherweise ins Hintertreffen geraten.

Eingeladen war zu dem Gespräch auch Walther Otremba, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium. Er sah die Auseinandersetzung bedeutend gelasse-

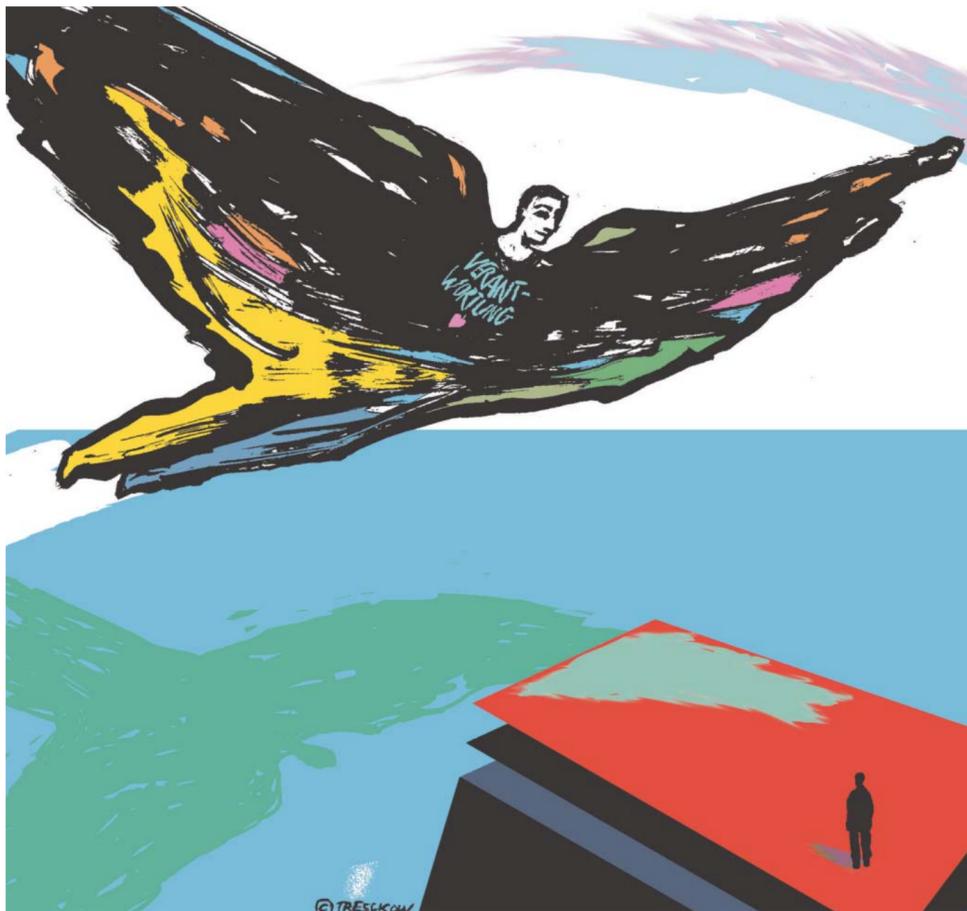


Illustration Peter von Tresckow

Und die wirtschaftliche Freiheit, wie wir sie in der westlichen Zivilisation über die Jahrhunderte errungen haben, ist nicht loszulösen von der Entfaltung der politischen und individuellen Freiheit. Seit der griechischen Polis durchzieht der sukzessive Freiheitsgewinn wie ein roter Faden unsere Zivilisationsgeschichte. Die Freiheit wurde erkämpft mit dem fortlaufenden Aufbegehren gegen die Unfreiheit und den Zwang: im sozialen, wirtschaftlichen, politischen, geistigen und privaten Felde.

Zum Ansehensverlust des Kapitalismus trugen seine Akteure obendrein bei, indem sie – je mehr die Krise eskalierte – aus dem öffentlichen Raum abtauchten und erst wieder zu hören waren, als sie nach staatlicher Hilfe riefen.

Dieser historische Zusammenhang von wirtschaftlicher, politischer und individueller Freiheit, die sich gegenseitig bedingen, ist vielen Akteuren in Wirtschaft und Politik offensichtlich fremd. Für sie, so scheint es zumindest, hat Freiheit in diesem umfassenden Verständnis keinen sonderlichen Wert. Wirtschaftliche Akteure wie auch viele Ökonomen in der Wissenschaft verlassen sich stattdessen lieber auf mathematische Formeln und hochabstrakte Modelle, die von der Fehlbarkeit der Menschen und ihren irrationalen Nei-

gungen nichts wissen wollen. Aber just jene Menschen mit ihrer Vernunft und Unvernunft handeln auch auf dem Markt und in der Politik. Zuweilen hat man gar den Eindruck, selbst die Marktakteure betrieben den Kapitalismus mit schlechtem Gewissen.

Paradox an der aktuellen Misere ist allerdings, dass die Krise ihren Ausgang gerade nicht in einer schrankenlosen wirtschaftlichen Freiheit und unregulierter Markt nahm, sondern in einer Politik staatlicher Fehlanreize. Mit den auf der ganzen Welt gigantischen Staatsinterventionen scheint man aber den Teufel mit dem Belzeub austreiben zu wollen. Immer neue Rettungsschirme, Bürgschaften, Verstaatlichungen und Investitionsprogramme, die längerfristig den Wettbewerb verzerren, Protektionismus schüren und die Staatsverschuldung weiter in die Höhe treiben, nähren die Illusion, die Politik könne wieder alles richten. Die ökonomischen Prozesse seien planbar, regulierbar und steuerbar, wird suggeriert. Endlich, so frohlockt die politische Klasse, hätte die Politik wieder den Primat über die Wirtschaft gewonnen.

Die neo-etatistische Wende kann aber höchst gefährlich werden. Denn dem Markt verdanken wir die über Jahrhunderte ausdifferenzierte Arbeitsteilung, die den Menschen größere Lebensoptionen eröffnet und die Potentiale ihrer Freiheit erweitert. Ohne ihn gäbe es keine Moderne. Wir haben es in unserer gesellschaftlichen Entwicklung über die Jahrhunderte so weit gebracht, weil sie angetrieben war von einem ständigen Wettbewerb des Wissens, der Ideen, der Erfindungen, die die Individuen hervorgebracht haben. Zugleich entstand ein immer differenzierteres soziales und rechtliches Regelwerk,

freuen.“ Diese Sorge versuchte Achim Wambach, Professor am Staatswissenschaftlichen Seminar, auszuräumen. Weil an der Universität ein umfassender Generationenwechsel anstehe, stehe die Fakultät gleichermaßen vor großen Herausforderungen wie auch vor Chancen. Dass nun sechs Lehrstühle mit Makroökonomie besetzt würden, biete die Möglichkeit, die Universität internationaler aufzustellen. „Wir haben aber nie vorgehabt, die wirtschaftspolitische Beratung abzubauen“, betonte Wambach.

Staatssekretär Otremba begrüßte diese Orientierung. Wer als internationaler Forscher ankommen wolle, komme an den Anforderungen der Wissenschaft nicht vorbei. Gleichzeitig müssten die Ökonomen aber auch Urteilsvermögen und Hintergrundwissen mitbringen. „Die entscheidende Frage ist, ob man mit Modellen wirtschaftspolitisch relevante Fragen angeht“, ergänzte Jürgen Donges, emeritierter Professor der Kölner Universität und früherer „Wirtschaftsweiser“ im Sachverständigenrat. Er räumte empirischen Analysen einen hohen Stellenwert ein. Wenn allerdings keine Daten vorhanden seien, müsste sich die Politikberatung auf Nachdenken stützen. Noch in den neunzi-

ger Jahren sei es schwer gewesen, an Zahlen des damaligen Arbeitsamtes zu kommen. „Da haben wir für unsere Empfehlungen nachgedacht; und hinterher hat die Evaluation unsere Überlegungen bestätigt“, sagte Donges. Wer nichts über Institutionen und Regelsetzung wisse, könne zwar wissenschaftlich Karriere machen, „aber sonst kann man mit ihnen nichts anfangen“, sagte der Außenwirtschaftsspezialist.

Wambach betonte, dass die Ausschreibung der neu zu besetzenden Lehrstühle so offen gehalten worden sei, dass auch Fachleute für Wirtschaftspolitik sich darauf hätten bewerben können. Die öffentliche Auseinandersetzung, die dadurch ausgelöst wurde und in einen Streit über die grundsätzliche Ausrichtung des Faches mündete, hätten die Kölner nicht angestrebt. Um an die ordnungspolitische Tradition anzuknüpfen, versprach er aber, zukünftig Podiumsdiskussionen zu dem Thema auszurichten. Damit hat die Universität kürzlich schon begonnen. Und die Übertragung experimenteller Ergebnisse auf die Praxis, wie etwa beim Aufbau der Leipziger Strombörse, solle auf keinen Fall der Vergangenheit angehören, versprach Wambach. PHILIPP KROHN

das den Zusammenhalt und das Fortkommen der Gesellschaft ermöglichte. Der Zusammenhalt in unseren westlichen Gesellschaften gründet in den gemeinsam geschaffenen demokratischen Institutionen, also den politischen Freiheiten, und dem Markt mit seiner wirtschaftlichen Freiheit, aber vor allem in der Aktivität des Einzelnen, seinen Lebensplan zu wählen, also der individuellen Freiheit. Dieses Ineinander und Gegeneinander der Handlungen, Zwecke und Pläne vieler Einzelner in einer Gesellschaft ist nie ein geplantes, großes Werk gewesen. Die Geschichte mit ihren Fortschritten und Rückschlägen, Reaktionen und Gegenreaktionen ist gerade keinem Plan oder einem geheimen Telos der Geschichte zu verdanken. Alle Versuche, eine perfekte Gesellschaft mit perfekten Menschen zu planen und zu fabrizieren, scheiterten.

So wie es die Moderne ohne Geldwirtschaft und die Demokratie ohne Kapitalismus nicht gibt, so ist auch die Freiheit nicht ohne Krisen zu haben. Krisen fordern zur Selbstvergewisserung heraus. Sie nötigen uns und geben uns zugleich die Chance, das Verhältnis von politischer, wirtschaftlicher und individueller Freiheit neu auszutarieren. Eine tragende Verbindung dieses Dreigestirns ist allerdings die Verantwortung, um die kein Individuum langfristig herumkommt. Das Wissen und die Erkenntnis dieser Zusammenhänge würde den politischen und wirtschaftlichen Akteuren gut zu Gesicht stehen. Darin liegt die Chance, aus der Krise zu lernen und die Freiheit als Tätigkeit zu begreifen.

Ulrike Ackermann ist Professorin für Politikwissenschaft und Direktorin des neugegründeten John Stuart Mill Instituts für Freiheitsforschung an der SRH Hochschule Heidelberg.

## WIRTSCHAFTSBÜCHER

## Finanzgeschichte light

Niall Ferguson verkauft ein TV-Skript als Buch

Dieses Buch hat Mut zu großen Thesen. Für den britischen Wirtschaftshistoriker Niall Ferguson sind Finanzinnovationen vom Geld bis zu Derivaten entscheidende Motoren des Fortschritts. Sie ständen auf einer Stufe mit den großen technischen Erfindungen der Weltgeschichte. Der „Aufstieg des Geldes“, das heißt des Finanzwesens, wurde zwar stets von Krisen unterbrochen, produziere jedoch auf lange Sicht Wohlstand. Länder ohne hochentwickelte Finanzsysteme bleiben arm, während reiche Länder Krisen trotzen, zumindest auf lange Sicht. Wie trostreich das für diejenigen ist, die kurzfristig betroffen sind, sei dahingestellt.

Ferguson nimmt seine Leser auf eine atemberaubende Reise von der Antike bis zum April 2008. Eigentlich beginnt er in den norditalienischen Stadtstaaten des Mittelalters, jenen „großen Kreditlaboratorien“, in denen das moderne Bankwesen entstand. In Riesenschritten eilt Ferguson durch die Weltgeschichte von den Inkas bis zu Alan Greenspan. Im 18. Jahrhundert stehen die Anfänge moderner Versicherungen und die Spekulationsblase der Mississippi-Kompanie im Vordergrund, im 19. Jahrhundert die Rothschilds und der Markt für Staatsanleihen. Die Industrialisierung sowie der Aufstieg der Aktienbanken und der Sparkassen scheinen dagegen irrelevant zu sein.

Das 20. Jahrhundert wird eingehend behandelt, insbesondere die Vor- und Frühgeschichte der gegenwärtigen Finanzkrise. Dabei kritisiert Ferguson sehr luzide die verhängnisvolle Politik Washingtons, möglichst jeden Bürger zum Hausbesitzer zu machen. Der „Subprime“-Markt war politisch gewollt und wurde massiv gefördert. Daneben werden die Hedge-Fonds und ihre nobelpreisbekränzten, aber trügerischen Formeln ins Visier genommen. Die Deregulierungsideologie und das Versagen der Aufsichtsbehörden erwähnt Ferguson dagegen kaum, dafür aber ausführlich den Aufstieg Chinas, der ein gefährliches weltwirtschaftliches Ungleichgewicht schuf. Die freigelegte Kreditvergabe Chinas ermöglichte es ferner der amerikanischen Zentralbank, mit billigem Geld die entstehende Blase weiter aufzupumpen. Beide Länder seien zudem in eine derartige ökonomische Abhängigkeit geraten, dass ein ernsthafter Konflikt die Weltwirtschaft in den Abgrund reißen könnte.

Aufschlussreich ist die Beobachtung, dass sich Geld im Laufe der Geschichte zunehmend entmaterialisiert und virtualisiert hat. Auch in Zeiten des Goldstandards war Geld in erster Linie eine gläubiger-Schuldner-Beziehung, die wesentlich auf dem Vertrauen in die Akzeptanz des Tauschmittels beziehungsweise die Begleichung aufgenommener Schulden beruhte. Der für den Handel unentbehrliche Wechsel war ein frühes Beispiel entmaterialisierten Geldes. Ohne die Abkopplung von der metallischen Basis

des Geldes hätte das Geldmengenwachstum mit dem Bedarf expandierender Ökonomien schlechterdings nicht mithalten können.

Heute ist die Virtualisierung noch weiter fortgeschritten, denn das Volumen elektronischen Geldes übersteigt dasjenige des gedruckten und geprägten Geldes um ein Vielfaches. Damit ist auch die Umlaufgeschwindigkeit gestiegen, die dem Takt von Mausclicks entspricht, aber auch die Unübersichtlichkeit und Anonymisierung.



Niall Ferguson: *Der Aufstieg des Geldes. Die Währung der Geschichte*

Econ Verlag, Berlin  
2009, 368 Seiten,  
24,90 Euro

Man könnte ein anregendes Sachbuch loben, das ohne technischen Jargon zentrale Themen der Finanzgeschichte einem großen Publikum zugänglich macht. Allerdings sind auch populäre Sachbücher an ihrer Substanz zu messen. Das gleichzeitig als TV-Serie entstandene Buch vermischt nämlich auf unglückliche Art zwei unterschiedliche Genres. Es ist hastig geschrieben und hat seinen Charakter als TV-Skript behalten. Sämtliche Thesen werden kurz angerissen, aber niemals gründlich belegt. Die Darstellung ist sprunghaft und mit persönlichen Anekdoten und durchsichtigen Effekten garniert.

Die ideengeschichtliche Dimension des Themas blendet Ferguson völlig aus. Geldtheorie und Ökonomie kommen praktisch nicht vor. Die Darstellung ist zwar angenehm allgemeinverständlich, gleitet aber zuweilen ins Melodramatische ab: „Hinter jeder großen historischen Erscheinung verbirgt sich ein finanzielles Geheimnis.“ Wie ein Magier entschlüsselt der Autor die Rätsel der Medici, um eine Seite später die Kredithaie in Glasgow Sozialisierungen vorzustellen. Wie unterhaltsam!

So spannend manche Thesen auch sein mögen, so wenig vermögen sie zu überzeugen. Die an sich soliden Ausführungen zur gegenwärtigen Krise und der veränderten globalen Finanzarchitektur lassen eigentlich Schlimmstes ahnen und passen nicht zu der naiven Behauptung, dass alle Finanzinnovationen letztlich dem Fortschritt dienen. Wer solche optimistischen Botschaften verkündet, sollte sie mit Sachargumenten untermauern und nicht die Gegenposition stärken. Schließlich irritiert, wie zynisch das Buch Opfer von Finanzkrisen zum Kollateralschaden des Fortschritts degradiert. HARTMUT BERGHOFF

Der Rezensent leitet das Deutsche Historische Institut in Washington und lehrt Wirtschaftsgeschichte an der Universität Göttingen.

## Fortsetzung folgt

Anders als in Hollywood: Das Beste kommt zum Schluss

Wenn in China ein Sack Reis umfällt, hat das – trotz Globalisierung – keine unmittelbare Wirkung auf einen deutschen Länderhaushalt. „Wenn aber in Vorpommern ein Sack Weizen umfällt, merkt man das in allen deutschen Landeskassen – lediglich in Schwerin ist davon wenig zu spüren“, schreiben Clemens Fuest, Professor in Oxford, und Michael Thöne, Geschäftsführer des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln, in ihrem Buch über eine Reform des Finanzföderalismus.

Die beiden Ökonomen charakterisieren die Streuwirkung des Finanzausgleichsystems. Sorgt das Land Mecklenburg-Vorpommern für 1000 Euro Mehreinnahmen, verbleiben ihm nach Steuer- und Finanzausgleich lediglich 128 Euro netto. Dann sickern noch 150 Euro in die Wohnsitzgemeinde des Steuerpflichtigen. Fazit: ein Minus von 32 Euro! Dies wird zwar durch den kommunalen Finanzausgleich wieder ausgeglichen. Trotzdem: Für ein deutsches Bundesland lohnt es sich fast nicht, für Einnahmen zu sorgen, indem es etwa mehr Steuerfahnder einstellt. Denn die Personalkosten dafür trägt es selbst, den „Profit“ aber muss es abgeben.

Die Risiken und Nebenwirkungen des deutschen Finanzföderalismus werden seit einigen Jahren immer häufiger und treffender analysiert und angeprangert. Dies führte zu den beiden Föderalismuskommissionen von Bundestag und Bundesrat. Erst wenige Wochen alt ist die Schuldenbremse für Bund und Länder, „ein wichtiger Beitrag zur Eindämmung der öffentlichen Verschuldung“, so die beiden Autoren. Aber: „Wie erfolgreiche Hollywoodfilme so verlangt auch die Föderalismusreform Teil 2 eine weitere Fortsetzung.“ Das Drehbuch liegt bereits vor. Zum einen muss der Finanzausgleich reformiert werden, damit die Bundesländer wieder Anreize für Mehreinnahmen haben (und Steuerfahnder einstellen wollen). Für diese Reform stellen die Autoren detaillierte, sinnvolle

und vor allem politisch machbare Vorschläge vor.

Doch das allein reicht nicht aus. Die Länder müssen mehr Steuerautonomie erhalten. Wie fast alle Fachleute fordern auch Fuest und Thöne einen von den Ländern veränderbaren Zuschlag zur Einkommensteuer. Um dafür Raum zu schaffen, soll der Tarif der bisherigen Einkommensteuer um drei Prozentpunkte gesenkt werden. Länder, die sich in Zukunft durch soziale Wohltaten positionieren möchten, müssten diese Kosten gleich als eigene Wahlvol-



Clemens Fuest/ Michael Thöne: *Reform des Finanzföderalismus in Deutschland*

Stiftung Marktwirtschaft, Berlin 2009,  
120 Seiten, 9 Euro

weitergeben. Damit würden gewisse Exzesse der Vergangenheit angehören – wie das kostenfreie Kindergartengeld, das das Saarland dank der Geberländer finanziert und das sich diese Länder, nach eigenen Aussagen gerade weil sie Geber sind, nicht leisten können.

Die Neugestaltung des Bundesstaates wird nicht grundlos als „die Mutter aller Reformen“ bezeichnet. Hoffentlich führt das wachsame Drängen von Finanzwissenschaftlern und Staatsrechtlern zu einer „Föderalismusreform Teil 3“ nach der Bundestagswahl. Grundlage dafür kann dieser von der Stiftung Marktwirtschaft herausgegebene Band mit seiner Mischung aus Wissenschaftlichkeit, Idealismus und Pragmatismus sein – und der fabelhaften Leistung der Autoren, das schwierige Thema in ansprechender Kürze erschöpfend abgehandelt zu haben. Die weitere Erneuerung des Föderalismus wird dadurch eher erfolgreich sein als die oft müden und inhaltslosen Hollywood-Fortsetzungen. JOCHEN ZENTHÖFER